

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	110
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	580/2018
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	28.06.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	VVS-Tarifzonenreform		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 27.06.2018, öffentlich, Nr. 222

Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 13.06.2018, GRDRs 580/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der VVS-Tarifzonenreform mit den in der Begründung dargestellten Eckpunkten wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die notwendigen Vereinbarungen abzuschließen und die zur Umsetzung der Tarifzonenreform erforderlichen Erklärungen in den Gremien und Versammlungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften abzugeben.
- 3.1 Der städtische Finanzierungsanteil 2019 in Höhe von 10,6 Mio. EUR wird im Teilergebnishaushalt 200 Stadtkämmerei unter 0208100 Abwicklung Eigenbetriebe, Beteiligungen, Konto 43150200 Zuschüsse an Eigengesellschaften / Beteiligungen gedeckt.

Im Vorgriff auf das Haushaltsjahr 2019 wird ein überplanmäßiger Aufwand in Höhe von 1.600.000 EUR zugelassen. Die Deckung erfolgt durch Inanspruchnahme der

im Teilergebnishaushalt 900, Amtsbereich 9006120 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft in KGr. 440 Sonstige ordentliche Aufwendungen veranschlagten Deckungsreserve.

- 3.2 Die gegenüber der Finanzplanung in den Jahren 2020 und 2021 zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von voraussichtlich 5,4 Mio. EUR bzw. 7,2 Mio. EUR im Jahr 2022 und 8,1 Mio. EUR ab 2023 werden bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 und der Finanzplanung als Vorbelastung berücksichtigt.

OB Kuhn weist darauf hin, dass das Thema bereits zweimal in Ausschüssen ausführlich beraten worden sei und jeweils einstimmige Zustimmung gefunden habe. Insofern könne man auf eine weitere Aussprache verzichten. Der Gemeinderat sei sich einig, dass es sich hier um eine große Reform des Tarifsystems handle.

Er stellt fest:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
S/OB-Mobil

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. OB-PR
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR